Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1911. Nr. 502. Jahrgang 204.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonblatt.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Mittwoch, 25. Oktober 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Das Programm der neuen bayerischen Reichspartei.

Der Vorsitzende, Freiherr v. Pechmann, nimmt in einer Zuschrift an die „Augsb. Abendztg." Stellung zu den mannigfachen Vorwürfen und Angriffen, die diese Parteigründung bisher hat erfahren müssen. Die wichtigsten Sätze dieser Zuschrift, die gewissermaßen ein Programm der neuen Partei darstellen, lassen wir hier folgen, wie der Draht sie uns übermittelt:

Unter unseren Mitbürgern sind in allen Schichten und Kreisen der Bevölkerung Hunderte und Tausende, die sich vom politischen Leben fernhalten, weil sie es mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinen können, sich einer der liberalen Parteien oder einer der anderen bisher vorhandenen Parteien in Bayern anzuschließen. Diese politischen „Obdachlosen" und die wertvollen Kräfte, die hier brachliegen, gehen im großen und ganzen weder dem Zentrum noch der Sozialdemokratie verloren. Sie stellen vielmehr einen sehr empfindlichen Ausfall in der politischen Armee des Bürgertums dar, soweit dieses seinen Anschluß nicht am Zentrum finden kann und will. Die politisch „Obdachlosen" wieder für das politische Leben zurückzugewinnen und auf solche Weise die Reihen des politisch wehrhaften Bürgertums zu verstärken, ist der Versuch der Bildung einer neuen Partei unternommen worden. Sie unternimmt es, diese den liberalen Parteien verloren gegangenen oder für sie unerreichbar gewesenen und bleibenden Elemente zu gemeinsamer politischer Wirksamkeit zu sammeln. Dies und nichts anderes hat zur Gründung der bayerischen Reichspartei geführt, deren Gründer überzeugt waren und sind, daß es verfehlt wäre, mit einer in jedem Sinne neuen Partei hervorzutreten, daß es sich nur darum handeln könne, im Anschluß an eine der schon bestehenden, im Reichstage vertretenen älteren Parteien zu sammeln, und daß nach Maßgabe der bayerischen Verhältnisse und insbesondere der Verhältnisse in den bayerischen Städten, in denen weitaus die meisten der „Obdachlosen" zu finden sind, die auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen stehende Partei, also die deutsche Reichspartei, für die Zwecke der Sammlung am meisten geeignet sei. Wir wollen niemand irre machen, lediglich den schon irre Gewordenen eine neue Gelegenheit zu neuer politischer Mitarbeit bieten und der verhängnisvollen Flucht aus dem öffentlichen Leben entgegenwirken, in der wir eine ernste Gefahr für die Zukunft erblicken.

In den Schlußsätzen bezeichnet Freiherr v. Pechmann die nächsten politischen Aufgaben, die der neuen Partei obliegen. Er sagt: „Die Gruppen, die es uns gelingen wird, zu sammeln, seien sie kleiner oder größer, sollen in den schweren Kämpfen, die uns bevorstehen, zunächst bei den kommenden Reichstagswahlen, diejenige Schlachtreihe verstärken, die sich zur Abwehr des sozialdemokratischen Ansturms zusammenfinden wird. Nicht als ob wir eine Politik der Ueberbietung und des ungehemmten Profits unterstützen wollten, sondern weil jeder Machtzuwachs der Sozialdemokratie eine Steigerung der Gefahren bedeutet, von denen wir Ehre und Macht des Reiches, bürgerliche Freiheit, Religion und alle sonstigen elementaren Kulturgüter gleichzeitig bedroht sehen. So mögen uns denn diejenigen bekämpfen, die es für ihre Aufgabe halten, im wirklichen oder vermeintlichen Interesse ihrer Partei sich selbst und andere über den Umfang dieser Gefahren zu täuschen, oder die den Liberalen die Kraft zutrauen, nach Unterwerfung der Konservativen und des Zentrums mit der auf jede Weise großgezogenen Sozialdemokratie noch allein fertig zu werden. Wer aber diesen kurzsichtigen und bedenklichen Optimismus nicht zu teilen vermag, hat nicht die geringste Ursache, in dem Zusammenschluß der „Obdachlosen" zur bayerischen Reichspartei eine unerfreuliche Erscheinung zu sehen. Er wird darin vielmehr eine willkommene Verstärkung und Kräftigung begrüßen, auf welche für den Kampf gegen die Sozialdemokratie, aber auch für alle übrigen nur in gemeinsamer Arbeit zu bewältigenden Aufgaben nationaler Politik gerechnet werden kann."

Diese Ausführungen seien noch ergänzt durch folgenden Auszug aus einem Aufsatze, den der an der Begründung der neuen Partei hervorragend beteiligte Reichstagsabgeordnete Dr. Arendt dieser Tage veröffentlicht hat:

„An der Ruhr und an der Saar, in Schleswig-Holstein, in Thüringen, in ganz Süddeutschland wächst der Widerstand gegen die Jungliberalen. Man hofft vielfach noch, innerhalb der nationalliberalen Partei selbst ihrer Radikalisierung erfolgreich entgegentreten zu können. Erweist sich diese Hoffnung als irrig, so wird man überall dem Münchener Beispiel folgen. Kann die Partei ihre nach links drängenden Elemente noch zurückhalten oder abstoßen? Nur dann bleibt die bayerische Reichspartei auf Süddeutschland beschränkt. Aber in diesem Falle hat sie das große Verdienst, die nationalliberale Partei da festgehalten zu haben, wo sie allein existenzberechtigt ist: auf mittelparteilichem Boden. Es ist kein Zufall, daß diese Bewegung zuerst in Süddeutschland einsetzt, daß der bayerischen Reichspartei in kürzester Zeit die Begründung einer badischen, hessischen, elsaß-lothringischen Reichspartei folgen wird; der Boden ist in Süddeutschland deshalb hierfür zuerst gegeben, weil hier die Großblockidee zuerst und am meisten Fortschritte gemacht hat. Ob die Bewegung weiter nach Norden um sich greift, wo sie überraschende Ausdehnung gewinnen würde, das hängt jetzt zunächst von der weiteren Entwickelung der nationalliberalen Partei ab.

Hier ist eine ernste Mahnung zur Tat für alle diejenigen, die sich verärgert in den Schmollwinkel stellen. Wer nicht selbst nach besten Kräften sich an den politischen Kämpfen beteiligt, hat gar kein Recht, auf den Reichstag und auf die Parteien zu schimpfen. Er setze sich doch dafür ein, daß es besser wird! Daß das möglich ist, das haben die bayerischen Nationalliberalen bewiesen, die, als sie innerhalb ihrer Partei keinen Raum mehr fanden, um gedeihlich für ihre Ansichten zu streiten, mutig einen anderen Weg einschlugen und in der bayerischen Reichspartei sich ein neues Wirkungsfeld suchten. Dadurch haben sie ein Vorbild geschaffen und zugleich bewiesen, daß der Idealismus sich noch immer im deutschen Volke siegreich betätigt. Von Süden her ist schon manche Bewegung ausgegangen, so hoffe ich, daß auch die Bewegung, die zur Begründung der bayerischen Reichspartei führte, den Anstoß zu einer erfolgreichen Gegenbewegung gegen die immer bedrohlichere Radikalisierung Deutschlands geben wird."

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Stellung und das Verhalten Oesterreich-Ungarns.

Im österreichischen Abgeordnetenhause beantwortete, wie wir gestern schon kurz telegraphisch meldeten, zu Beginn der Sitzung am Dienstag der Ministerpräsident Frhr. v. Gautsch die Interpellationen betr. den Tripoliskonflikt und wies zunächst die Versuche, ein Mitglied des Kaiserhauses mit den politischen Parteikämpfen in Verbindung zu bringen, aufs schärfste zurück. Mit dem gleichen Nachdruck wandte sich der Ministerpräsident dagegen, daß die Erörterung internationaler Verwickelungen als Anlaß zu beleidigenden Ausfällen gegen eine verbündete Macht benutzt worden sei. Sodann erklärte er, und zwar, wie er ausdrücklich betonte, im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern:

„Die italienisch-türkischen Differenzen haben die Regierung schon seit längerer Zeit beschäftigt und sie veranlaßt, sowohl in Konstantinopel wie in Rom ihre Bemühungen aufzubieten, damit möglichst eine Trübung der Beziehungen beider Reiche vermieden werde. Die italienische Regierung hat ihr Interesse an Tripolitanien seit jeher in wirtschaftlichen Momenten begründet. Die Regierung hat es sich angelegen sein lassen, durch freundschaftliche Ratschläge in Konstantinopel dahin zu wirken, daß von türkischer Seite diesem wirtschaftlichen Interesse Italiens, welch letzteres ja bekanntermaßen für die Erhaltung des Status quo am Balkan eingetreten war, in jenem Teile des Reiches das tunlichste Entgegenkommen erwiesen werde. Es ist bedauerlich, daß die frühere türkische Regierung unseren rechtzeitigen Ratschlägen kein Verständnis entgegengebracht hat. Daß Italien seine Alliierten von seinen Absichten nicht vorher verständigt hat, ist auf eine freundschaftliche Rücksichtnahme der italienischen Regierung auf ihre Verbündeten zurückzuführen. Auch war von Anfang an zu erkennen, daß das Königreich keinesfalls gewillt gewesen wäre, eine fremde Vermittelung vor Ausbruch der Feindseligkeiten zuzulassen. Aber auch nach Eintritt des Kriegszustandes war die Regierung bestrebt, eine Grundlage zur Beilegung des Konfliktes ausfindig zu machen. Die Bestrebungen haben zurzeit allerdings noch zu keinem Resultate geführt, doch wird die Regierung nicht unterlassen, sobald sich der entsprechende Zeitpunkt hierzu ergibt, auf dieselben zurückzukommen. Wir glauben zu wissen, daß unsere Auffassung über den Konflikt im allgemeinen wie über die Möglichkeit, schon jetzt erfolgreich zu vermitteln, auch von den anderen Mächten geteilt wird. Es ist selbstverständlich, daß die Politik Oesterreich-Ungarns angesichts der großen Interessen der Monarchie in der Adria und den angrenzenden Balkanländern das Hauptgewicht auf die Einschränkung des Kriegstheaters legen mußte. In dieser Hinsicht hat die italienische Regierung von Anbeginn ihrer Aktion ihre Dispositionen in der klarsten und unzweideutigsten Weise kundgegeben, indem sie ihren Entschluß bekanntgab, alles vermeiden zu wollen, was eine unerwünschte Rückwirkung ihres Unternehmens auf dem Balkan auszuüben imstande wäre und die türkischen Küsten des Adriatischen und Jonischen Meeres von den kriegerischen Operationen auszuschließen. Wir haben allen Grund, diesen Entschluß der mit uns befreundeten und alliierten italienischen Regierung als durchaus ernst und loyal aufzufassen."

Im ungarischen Abgeordnetenhause erteilte Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary auf eine Interpellation des Grafen Apponyi betreffend eine Intervention im italienisch-türkischen Kriege dieselbe Antwort, die der österreichische Ministerpräsident im österreichischen Abgeordnetenhause gegeben hatte. Graf Apponyi nahm die Antwort zur Kenntnis, gab jedoch seinem Bedauern und gleichzeitig dem Bedauern der öffentlichen Meinung aller Länder darüber Ausdruck, daß behufs Vermeidung des Krieges die international vereinbarten Mittel nicht in Anspruch genommen seien, wenn er auch zugebe, daß das Ministerium des Aeußern in Wien kein Verschulden treffe. Graf Apponyi nahm weiter mit Beruhigung von der entschiedenen Erklärung Italiens Kenntnis, daß eine Ausdehnung des Krieges auf den Balkan und auf die Küsten des Jonischen und Adriatischen Meeres vermieden werden würde.

Die Kämpfe bei Benghasi.

Wie der römischen „Agenzia Stefani" weiter aus Benghasi gemeldet wird, sahen sich die italienischen Truppen bei ihrer Landung einer feindlichen Streitmacht von 500 oder 600 regulären Soldaten, die durch 4000 oder 5000 Araber verstärkt waren, gegenüber. Die Verluste der Türken und insbesondere der Araber waren bedeutend. Die Zahl der Toten beträgt etwa 400, die Angaben über die Zahl der Verwundeten schwanken zwischen 800 und 1200. Die Verluste des Feindes würden noch größer gewesen sein, wenn der Einbruch der Dunkelheit nicht seine Flucht in das Innere des Landes begünstigt hätte. In der Stadt blieben während der Nacht nur sehr wenig Menschen zurück, welche die Toten bestatteten und die Verwundeten fortschafften. Daraus erklärt es sich, daß die Italiener am folgenden Morgen, als sie die Stadt besetzten, fast keinen Widerstand fanden. Der in der Stadt durch das Bombardement angerichtete Sachschaden ist nicht beträchtlich, da die Zahl der auf die Südseite der Stadt abgegebenen Schüsse gering war. Die Lage bessert sich sowohl in Benghasi wie in der nahen Umgebung.

Eine vom General Caneva erlassene und vom General Briccola gegengezeichnete Proklamation, die in der Stadt angeschlagen und unter den Arabern der Umgebung verbreitet worden ist, hat einen sehr guten Eindruck gemacht. Fortgesetzt kommen arabische Stammeshäuptlinge hier an, um ihre Unterwerfung anzubieten. — Die Nachricht von der Niedermetzelung einer christlichen Mission bei Benghasi wird als unrichtig bezeichnet. — Das Hospitalschiff Re d'Italia ist mit Verwundeten und Kranken von Benghasi nach Neapel in See gegangen. — Wie General Briccola gestern früh von Benghasi meldete, ist die Lage dort andauernd befriedigend und nichts neues vorgefallen. — Die „Agenzia Stefani" bezeichnet noch ausdrücklich die türkischen Meldungen über die angeblichen schweren Verluste der Italiener als übertrieben. Sie gibt die Verluste der Italiener im Kampf um Benghasi an Toten und Verwundeten auf 109 an. — Wie dann später noch aus Rom gemeldet wird, besagt eine Depesche des Generals Caneva vom Dienstag vormittag: Die Nacht verlief ruhig. Die gestrigen Verluste betragen vom 11. Bersaglieri-Regiment zwei Offiziere tot und zehn verwundet, die Verluste an Mannschaften sind noch nicht festgestellt; vom 82. Infanterie-Regiment ein Offizier verwundet, vier Mann getötet und zehn verwundet; vom 84. Infanterie-Regiment zwei Mann verwundet; von der Festungsartillerie ein Mann verwundet; vom italienischen Roten Kreuz zwei Mann verwundet. Der Feind ist mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Man mußte mehrere Araber, die sich gegen uns auflehnten, erschießen. Einige von den zahlreichen Verhafteten werden vor das Kriegsgericht gestellt werden; die übrigen, mehrere Hundert, lasse ich einschiffen.

Wie uns bei Redaktionsschluß noch aus Tarent gemeldet wird, ist der Dampfer „Re d'Italia" mit den in dem Kampfe bei Benghasi Verwundeten dort eingetroffen.

Erhebung der Araber der Oase und blutiges Zusammentreffen mit ihnen.

Die „Agenzia Stefani" meldet sodann aus Tripolis vom 23. Oktober: Auf den gestrigen Angriff auf die Vorposten der Italiener folgte bald eine Erhebung der Araber der Oase, welche einen Flankenangriff auf die Italiener ausführten, der zweifellos seit einigen Tagen vorbereitet war.

Das Vorgehen wurde eingeleitet durch Scharen arabischer Reiter, die unter den dunklen Uniformen der Türken durch ihre weißen Mäntel hervorstachen. Diese Reiter warfen sich mit großer Wucht gegen die italienischen Linien, wurden aber durch Gewehrsalven der Italiener aufgehalten und mit Verlusten zurückgetrieben. Zur selben Zeit griff türkische reguläre Infanterie, gedeckt durch Mauern und Gärten, auf den anderen Seiten an und versuchte, die Italiener durch heftiges, aber nicht sehr wirksames Feuer zurückzutreiben. Während dieses Kampfes griffen die Arabertrupps aus der Oase, die sich hinter Bäumen verborgen gehalten hatten, ein und gingen in einem Flankenangriff gegen die italienischen Linien vor. Die Italiener machten, ohne Verluste zu erleiden, auch gegen diese Seite durch ein schnelles Manöver Front und es gelang ihnen, einen Teil der aufständischen Araber zu umzingeln und ihnen große Verluste beizubringen. Die Stimmung der italienischen Truppen ist sehr gehoben. Einige Verwundete weigerten sich, die Feuerlinie zu verlassen, andere kehrten dahin zurück, nachdem sie verbunden waren. Nach den Angaben einiger Gefangener betragen die Verluste der Türken Hunderte von Toten und noch viel mehr Verwundete. Die Italiener haben keine schweren Verluste erlitten. Die Feindseligkeiten der Araber, die sich in der Oase zerstreut hatten, hörten auch nach dem Kampfe nicht auf, und man meldete während des ganzen Tages Gewehrschüsse an verschiedenen Orten. Man hat alle verhaftet, die man mit der Waffe in der Hand antraf. Die Zahl der vorgenommenen Verhaftungen beträgt ungefähr dreihundert. Ein Erlaß setzt die Todesstrafe für alle fest, die mit Waffen angetroffen werden.

Rücktritt der kretischen Regierung.

Die kretische Regierung ist nach einer stürmischen Sitzung der Kammer zurückgetreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191110252-15/fragment/page=0001

Die Stellung Englands.

Das englische Unterhaus trat am 24. cr. zu seiner Herbstsitzung wieder zusammen. Der Liberale David Mason fragte den Premierminister Asquith, warum die britische Regierung Italien und der Türkei nicht ihre guten Dienste zum Zwecke der Beendigung der Feindseligkeiten angeboten habe. Asquith erwiderte, die Regierung sei nicht der Ansicht, daß irgend eine öffentliche Mitteilung über den Gegenstand in diesem Augenblick das durch Masons Frage angedeutete Ziel fördern würde. (Allgemeiner Beifall.)

Aenderung der Blockbegrenze.

Der deutsche „Reichsanzeiger" meldet: Die Königlich italienische Regierung hat zu ihrer Blockadeerklärung für die Küste von Tripolitanien und Cyrenaika der Kaiserlich deutschen Botschaft in Rom bekanntgegeben, daß die östliche Grenze der durch die Seestreitkräfte des Königreichs wirksam blockierten Küste geändert und auf den 25. Grad 11 Minuten östlicher Länge von Greenwich festgesetzt worden ist.

Die Revolution in China.

Kiukiang ist in die Hände der Aufständischen gefallen. Sie haben den Namen niedergebrannt. Die Ordnung ist anscheinend sonst nicht gestört worden.

Wie „Daily News" aus New-York meldet, ist der chinesische Revolutionär Sunyatsen am 23. cr. dort eingetroffen, trotzdem die New-Yorker chinesischen Revolutionäre dies ableugnen. Man weiß, daß Sunyatsen nur Meldungen aus Peking abwartet, um dann nach China abzureisen, aus dem er seit zwölf Jahren verbannt ist.

Nach einer Meldung aus dem Haag wird aus Anlaß der Revolution der Kreuzer „Holland" der niederländisch-indischen Flotte zum Schutz der holländischen Interessen nach Shanghai gehen.

Die chinesische Telegraphenverwaltung hat dem Internationalen Telegraphischen Bureau in Bern angezeigt, daß Telegramme an Telegraphenämter im Innern Chinas nur auf Gefahr der Absender angenommen werden.

Bei Redaktionsschluß wird uns noch aus Peking folgende Reutermeldung gedrahtet:

Die Hauptmacht General Yintschangs steht noch bei Senhangtschau. Yintschang berichtet in einer Botschaft an die Regierung in Peking, daß die Revolutionäre 400 Geschütze besäße, und daß er sich zu einem weiteren Vorrücken nur verstehen könne, wenn er noch weitere Artillerie, Munition und Geld zur Bezahlung der Truppen erhalte. Die Revolutionäre werden offensichtlich von Tag zu Tag stärker. Amtliche Berichte aus Nanking, Wuhu und Kiukiang besagen, daß an all diesen Orten die Bevölkerung außerordentlich unruhig ist. Die öffentliche Meinung in Nordchina steht im allgemeinen auf Seiten der Revolutionäre. Sianfu, das als eine Hochburg der Dynastie galt, ist zu den Aufständischen übergegangen. — Die Regierung ist bemüht, der Bitte Yintschangs um Artillerie und Geld nachzukommen. — Ueber Feindseligkeiten liegen weiter keine Berichte vor.

Deutsches Reich.

* **Ein neues Flugblatt des Reichsverbandes.** Die blutigen Ereignisse, die sich in Wien Ende September und Anfang Oktober abgespielt haben, bringen den Nachweis, daß sozialdemokratische Führer in Oesterreich mit jenen politischen Verbrechen im engsten Zusammenhang stehen. Der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" hat daher die beklagenswerten Ausbrüche des unerhörtesten politischen Terrors in einem Flugblatt (Nr. 141) erörtert, das den Titel trägt: „Politisches Verbrechertum." Wenn die sozialdemokratische Presse die Verantwortung für die in Wien verübten politischen Verbrechen von sich abwälzen will, so ist hier klipp und klar nachgewiesen, wie gewaltig die Sozialdemokratie durch das politische Attentat gegen die Ministerbank in Oesterreich belastet ist. Das Flugblatt ist zu beziehen durch die Hauptstelle des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie", Berlin SW. 11, Dessauer Straße 30.

* **Zustandekommen des Großblocks in Elsaß-Lothringen.** Nachrichten aus Straßburg zufolge ist der Großblock für die Nachwahlen gestern zustande gekommen. Auf der Grundlage dieses Abkommens zieht die sozialdemokratische Partei in 17 Wahlkreisen ihre Kandidaten zurück, darunter zwei, bei denen die Stimmenzahl bei der ersten Wahl größer war, als bei den Liberalen. Die Liberalen und Demokraten ziehen in acht Wahlkreisen ihre Kandidaten zurück. Darunter befinden sich zwei städtische Straßburger Kreise. In zwei Wahlkreisen — Mülhausen und Vigny — werden die Sozialdemokraten Enthaltung der Stimmen proklamieren. In allen übrigen treten sie für die Liberalen ein.

Deutscher Reichstag.

196. Sitzung vom 24. Oktober, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück, Wermuth, Frhr. v. Schorlemer.

Die Besprechung der Interpellationen über die

Lebensmittelteuerung

wird fortgesetzt.

Abg. **Fuhrmann** (ntl.): Wir meiden hier jeden agitatorischen Standpunkt. Bei der Einräumung der Teuerung mußten wir leider beim Reichskanzler die Wärme des Tons vermissen. (Sehr richtig! links.) Auch freisinnige Organe geben jetzt zu, daß die langsame, aber unerbittliche Tendenz aller wichtigen Lebensmittel, im Preise zu steigen, kein Kulturland verschont. Jedenfalls ist unsere Wirtschaftspolitik nicht die alleinige und auch nicht die hauptsächlichste Ursache der Teuerung. Wir erkennen an, daß durch die Dürre des Sommers eine Futternot entstanden ist, die im Laufe des Winters zu einer Vieh- und Fleischteuerung führen kann. Die Teuerung für Milch, Butter, Eier und Gemüsearten ist zugegeben. Aber sicher war das Hungersnotgeschrei der großstädtischen Presse ein Anreiz zu einer Erhöhung der Lebensmittelpreise. Pflicht der Kommunen ist es, die übermäßige Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen zu verringern. Allerdings sind mit den erhöhten Anforderungen, die ein Kulturvolk zum Beispiel an die Schlächterläden stellt, auch erhöhte Preise verbunden. Das Einfuhrscheinsystem ist reformbedürftig, und so beklagen wir die Ratlosigkeit, mit der die verbündeten Regierungen hier dastehen. Wir glauben nicht, daß wir der östlichen Landwirtschaft mit einer Reform zu nahe treten. (Abg. Frhr. v. Gamp: Aber sehr!) Was das argentinische Fleisch angeht, so richten wir an den Reichskanzler die Frage, ob durch beamtete Tierärzte, die nach Argentinien zu entsenden wären, die Gewähr zu bieten ist, ein hygienisch einwandfreies Fleisch zu beschaffen. Hat doch der erhöhte landwirtschaftliche Zollschutz nur dann Aussicht auf Fortbestand, wenn in den übrigen Bevölkerungskreisen wohlwollende Sympathie für diesen Zollschutz vorhanden ist. Ist es aber nicht möglich, den Landwirten den Betrag der Futtermittelzölle zurückzuerstatten? Vergesse man aber nicht die Fortführung der inneren Kolonisation! Wenn Abg. Oeser die schriftweise Abtragung der Zölle fordert, so ist ihm doch auf dem Lande oft genug erwidert worden, dem Hunde sei es nur noch schmerzlicher, ihm den Schwanz stückweise abzuschlagen. Der Reichskanzler sorge aber dafür, daß den mittleren und unteren Beamten lokale Teuerungszulagen gegeben werden. Daß den Arbeitern das Koalitionsrecht nun beschränkt werde, dafür sind wir einmütig. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nationalliberal und einmütig! Heiterkeit.) Die Futtermittelzölle waren nur als Finanzzölle gedacht. Die Herren vom Bunde der Landwirte wollten unmäßige Futtermittelzölle. Das Ueberagrarierturm ist also der gefährlichste Feind des Schutzzolltums. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Höffel** (Rep.): Die letzten Ausführungen des Vorredners waren wohl zweifellos agitatorischer Natur. (Sehr richtig!) Belgien ist ein Freihandelsland. Leidet es nicht auch unter der Teuerung? Wie kann man also den Schutzzoll für die Teuerung verantwortlich machen? Leider wird heute der Ackerbau vielfach als etwas Veraltetes hingestellt. Eine allgemeine Herabdrückung der Preise wird kaum möglich sein. Die Beseitigung der wenigen Futtermittelzölle würde wenig bedeuten. Wir im Süden haben keine Großgrundbesitzer. Aber die Bauern sind dort sämtlich Schutzzöllner. (Beifall rechts.)

Preußischer Landwirtschaftsminister **Frhr. v. Schorlemer:** Gegenüber der vom Abg. Scheidemann beliebten — parlamentarisch gesagt — Verkennung der tatsächlichen Zustände (Sehr gut! rechts) ist es schwer, den warmen Ton zu finden, den Abg. Fuhrmann vermißte. Eine Dürre wie in diesem Jahre ist schon seit 1811 nicht vorgekommen. Das Rufen über die schlechte Ernte hat den Anreiz zu Preisaufschlägen gegeben. Während in Berlin der Zentner Kartoffeln zeit- und stellenweise 8 bis 12 Mark kostete, waren sie in Pommern und Ostpreußen für 2,60 Mark vielfach nicht zu verkaufen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das muß einmal offen ausgesprochen werden, auch wenn es der Handel nicht gern hört. (Lärm links.) Durch die Tarifermäßigungen haben wir den Landwirten entgegen kommen wollen. Leider hat der Handel den Vorteil der Ausnahmetarife vielfach nicht den Landwirten zugeführt, sondern für sich verbraucht. (Sehr wahr! rechts.) Mit den Zöllen auf Futtermittel wird ja viel operiert. Aber die meisten Futtermittel sind zollfrei. Bei der Knappheit der Maisernte im Auslande würde die Ermäßigung oder Beseitigung des Maiszolls Bedeutung nicht haben. Der Futtergerstenzoll ist aber schon jetzt so niedrig, daß er der Einfuhr von Futtergerste nicht im Wege steht. Nun die Einfuhrscheine. Von ihrer Beseitigung reden ja auch viele Leute, die vom Einfuhrscheinsystem keine Ahnung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Freisinnigen vergessen, daß die Einfuhrscheine auch von Eugen Richter gebilligt wurden. Die Einfuhrscheine sollen dem Osten ermöglichen, ein Plus von Getreide auszuführen, und dem Westen, sein Minus zu beseitigen. Nun sagt man, gerade dieses Jahr habe eine ungewöhnliche Ausfuhr von Roggen gebracht. In Wahrheit wurden vom 1. August bis 10. Oktober an Roggen und Roggenmehl ausgeführt 1 784 000 Doppelzentner, in der entsprechenden Zeit 1910 1 896 000, im Jahre 1908 2 145 000 Doppelzentner. (Lebhaftes Hört, hört!) Bedenkt man aber, daß das Siebenfache an Weizen von dem eingeführt ist, was an Roggen ausgeführt ist, so erhellt, daß von einer Entblößung des Vaterlandes an Getreide keine Rede ist. Eine Aenderung der Einfuhrscheine würde dem Osten, seiner Landwirtschaft, seinem Handel und seinen Seestädten unermeßlichen Schaden zufügen, ohne dem Westen zu nützen. Die Beschränkung der Einfuhrscheine auf zwei Monate und der Ausschluß der Gültigkeit für Petroleum und Kaffee wäre ja möglich, aber unter dem Vorbehalt, daß sie voraussichtlich nichts helfen würde. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.) Der liberale Stadtdirektor von Hannover hat kürzlich ausgesprochen, das Volk sei künstlich in eine Teuerungsstimmung hineingeredet worden, wohl aus Rücksicht auf die Wahlen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich bin nicht gesonnen, eine Teuerung ganz in Abrede zu stellen. Aber die Schweinepreise stehen doch sehr niedrig, und das sollte man bei der Bedeutung des Schweinefleisches für die Ernährung der ärmeren Bevölkerung nicht unterschätzen. Mit meiner Anregung, die Kommunen sollten auf Herabsetzung der Fleischpreise bedacht sein, habe ich mich in ein schönes Wespennest gesetzt. (Heiterkeit.) Mit den Berliner Schlächtermeistern habe ich es ja vollkommen verschüttet. Unverkennbar aber ist, daß die Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen ständig gestiegen ist. In Paderborn ist den Fleischermeistern sogar vorgeschrieben, nicht unter einem bestimmten Preise zu verkaufen. Jedenfalls ist es eine öffentlichrechtliche Verpflichtung der Fleischer, in der Zeit der Notlage nicht besonders die Preise des Fleisches, an das sich die ärmere Bevölkerung halten muß, in die Höhe zu treiben. Hier ist eine Preisregulatur möglich und notwendig, und kommen wir zu ihr, so haben wir einen Gewinn erzielt, der in aller Zukunft wohltätig wirken wird. (Lebhafter, anhaltender Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. **Vogt**-Crailsheim (Wirtsch. Vgg.): Die Konsumenten können nicht verlangen, daß die Landwirte ihr Vieh unter den Produktionskosten abgeben. Das ganze Volk hat ein Interesse daran, daß möglichst viel im Inlande produziert werde. Glauben Sie (nach links), daß man im Lande des Freihandels herrlich und in Freuden leben kann? In England herrscht doch auch Teuerung.

Abg. **Hilpert** (Mittelfr. Bauernverein): Mit dem Rezept: Oeffnung der Grenze und Beseitigung der Einfuhrscheine ist nichts erreicht. Das argentinische Fleisch lasse man ruhig herein. Der deutsche Geschmack wird es bald ablehnen.

Abg. Dr. **Heim** (Ztr.): Ein kleiner Ausfall an Produktionsmitteln hat heute eine nachhaltigere Wirkung als vor Jahrzehnten. Nicht nur die Preistreiberei, sondern auch die kapitalistische Ausnützung hat preissteigernde Wirkung. Ein gehobener Kulturzustand hat naturgemäß eine höhere Bewertung der Lebensmittel zur Folge. Die Preissteigerung der Kartoffel ist eine Folge der intensiven Verbesserung derselben, von der doch der Konsument einen Vorteil hat. Nicht nur die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sondern auch die Materialien, deren die Landwirtschaft bedarf, sind einer Teuerung ausgesetzt. Die Steigerung der Löhne, die industrielle Erzeugnisse verteuert hat, kommt auch in der Landwirtschaft in Betracht und führt zu einer Verteuerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Erwünscht wären alljährliche Viehzählungen auf Kosten des Reiches. Die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen ist immer größer geworden. Wenn selbst in Städten wie Nürnberg, München und Augsburg Preisdifferenzen bis zu 25 und 30 Pfg. bestehen, so muß das Ursachen haben, die nicht jenseits der Berge liegen. (Heiterkeit, Zuruf.) Ja, die Jesuiten sind schuld. (Heiterkeit.) Von der Oeffnung der Grenzen ist nichts zu erwarten. Wer das Gegenteil behauptet, sagt die glatte Unwahrheit. (Sehr richtig!) Der Fleischkonsum ist beträchtlich gestiegen und das begrüße ich. Aber geht der Fleischkonsum einmal um zwei Kilo zurück, so überschätze man dies nicht. Am radikalsten ist die Linke, die alle Zölle beseitigen will. Kollege Oeser macht es im Abbau, wenigstens vor den Wahlen. (Heiterkeit.) Die Oeffnung der Grenzen würde, wie gesagt, billige Wochen und teure Jahre bringen. Unser Viehbestand hat einen Wert von 10 Milliarden, und 4 Milliarden kommen davon jährlich auf den Markt. Die Vorschläge, die ich Ihnen machen werde, wollen keinen Stein aus einem System herausnehmen, sondern fordern Rücksichtnahme auf die gegebenen Verhältnisse. Zunächst sollte die Einfuhr von Fleisch aus Argentinien erleichtert werden. Dazu ist § 12 des Fleischbeschaugesetzes zu ändern, und Tierärzte sind nach Argentinien zu entsenden. Es müssen aber auch Garantien gegeben sein, daß die Konsumenten das argentinische Fleisch auch billig bekommen. Dazu müssen die Kommunen Absatz und Verkaufspreis kontrollieren. Gleichzeitig müssen aber die Produktionskosten der inländischen Landwirtschaft verbilligt werden. Dazu empfehle ich die Suspendierung resp. Rückvergütung der noch bestehenden Futtermittelzölle. (Sehr richtig! links.) Sie sehen, der Beifall auf der Rechten ist gering. (Zuruf links: In der Mitte auch!) Meine Freunde sind diskret, sie halten mit dem Beifall zurück. Die Rückvergütung der Zölle ist wohl vorzuziehen. Der Hansabund freilich fordert u. a. auch die Aufhebung des Zolles aufs — Heu. Den gibt es ja gar nicht. (Heiterkeit.) Abg. Fuhrmann trat lebhaft für Reform der Einfuhrscheine ein. Telegraphieren Sie das schleunigst in den Wahlkreis Konstanz. Da wird man schöne Augen machen! (Heiterkeit.) Die Tarifermäßigung sollte bestehende Einrichtung werden.

Mittwoch: Fortsetzung. Schluß nach 6 Uhr.

13. Sächsische Provinzialsynode 1911.

III.

(Eigener Bericht.)

Merseburg, 24. Oktober.

Am Montag nachmittag fand vor vollem Hause der angekündigte Vortrag des Konservators der Provinz Sachsen, Landesbaurats Hiecke, über „Kirchenbauten" statt. Unterstützt von einer Reihe trefflicher Lichtbilder, fanden die sehr anregenden Ausführungen des Redners den lebhaftesten Beifall der aufmerksamen Zuhörerschaft.

Die dritte Plenarsitzung der Synode begann heute pünktlich 12½ Uhr. Nach dem Gesang des Liedes „Ein' feste Burg" und der Verlesung des Schriftwortes (119. Psalm, Vers 41) gab der Präses, Graf von Wartensleben, Mitteilungen bekannt. Eingegangen ist ein Danktelegramm von Sr. Maj. dem Kaiser, der den Verhandlungen der Synode besten Erfolg wünscht.

Verschiedene Anträge sind wieder eingegangen, die den einzelnen Kommissionen zur Vorberatung überwiesen werden; so u. a. der, 1/10 Prozent der Staatseinkommensteuer zu erheben und die hierdurch gewonnene Summe zur Ausbildung von Leitern evangelischer Jünglingsvereine zu verwenden.

Darauf wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. Fortsetzung der Berichterstattung über die kirchlichen Notstände der Provinz. Berichterstatter Synodale Scharfe führt u. a. aus: Erfreulich sei es, daß 1908 vier neue Pfarrstellen, 1909 ebenfalls vier und 1910 sechs errichtet worden seien. An erster Stelle stehe unseres Herrgotts Kanzlei, die Universitätsstadt Halle, die allein und aus eigener Kraft in den letzten drei Jahren vier neue Pfarrstellen errichtet habe.

Beihilfen aus landeskirchlichen und staatlichen Fonds hätten nur 1910 in beschränktem Maße bewilligt werden können. Das Bild sei kein erfreuliches. In Holzweißig sehe es nicht gut aus, noch schlechter im Bezirk Hohenmölsen, wo Gemeinden mit über 1000 Einwohnern keine Pfarrstelle besäßen. Diese Beschwerden schleppen sich nun schon seit Jahren durch die Synode, stets sei die kirchliche Notlage in den glühendsten Farben geschildert worden, aber Abhilfe sei nicht erfolgt. Auch in Falkenberg seien die Zustände nicht gut; dort würden allein 40 Prozent Kirchensteuern erhoben. Weißenfels mit 33 000 Einwohnern habe nur eine Kirche, die Neustadt mit 9000 Einwohnern nur eine kleine Kapelle. Kirchen sollen dort gebaut werden, die Sammlungen betrügen etwa 125 000 Mk. Weiter bringt der Berichterstatter noch die kirchlichen Notstände in Erfurt und Halle zur Sprache. Mühevolle Arbeit sei geleistet worden und man müsse dafür danken. Aber bedauerlich sei es, daß man den Miß- und Notständen nicht habe gerecht werden können. Aus eigenen Mitteln sei man nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Es müßten andere Wege geschaffen werden. Wie wäre es, wenn man nach dem Muster des Gustav-Adolf-Vereins aus den Mitteln der Provinzialkollekte eine Liebesgabe von 25 000 Mk. schaffen würde und damit die dringendste kirchliche Not beseitigen helfe? Jede Provinzialsynode würde sich damit ein bleibendes Denkmal setzen. Kgl. Kommissar Konsistorialpräsident v. Doemming dankt dem Berichterstatter für sein lebhaftes Interesse. Auch das Konsistorium sei bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen die kirchlichen Notstände zu prüfen und zu beseitigen. Aber so ohne weiteres könnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden, da man nicht die Mittel hierzu zur Verfügung habe. Aber man müsse doch auch anerkennen, daß Erfolge erzielt worden seien. Auch in Zukunft werde das Konsistorium den kirchlichen Notständen lebhaftestes Interesse entgegenbringen.

Synodale Schild-Bitterfeld schildert in den lebhaftesten Farben die Notstände in Holzweißig, die dringend der Abhilfe bedürften. Da der Ort sich fortgesetzt vergrößere, sei es notwendig, dort eine selbständige Pfarrstelle zu errichten. Er stellt einen dahingehenden Antrag.

Synodale Pasche-Dessau dankt für die Bemühungen des Oberkirchenrats; es sei doch etwas erreicht worden und man müsse sich darüber freuen. Auch seine Filiale Canena erfordere eine selbständige Pfarrstelle, aber diese nun hier zu beantragen, habe unter Berücksichtigung der Verhältnisse nicht viel praktischen Zweck. Mit dem Vorschlag der Liebesgabe sei der Redner einverstanden.

Synodale Graf von Hohenthal-Dölkau betonte als Vorsitzender des Evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins, es sei nötig, die kirchlichen Notstände und deren Ursachen offen darzulegen. In Holzweißig z. B. sei es doch nur recht und billig, das große industrielle Werk dort zu den Lasten heranzuziehen. Das Staatsministerium sehe der Angelegenheit freundlich gegenüber und es sei zu hoffen, daß es besser werde.

Der Antrag, in Holzweißig unter Anerkennung der dortigen kirchlichen Notstände eine selbständige Pfarrstelle zu errichten, möglichst vom 1. April 1912 ab, wird mit großer Mehrheit angenommen.

2. Ueber die Verwendung des Evangelisationsfonds berichtet Generalsuperintendent D. Jacobi. Die Erfahrungen, die mit der Evangelisation gemacht worden seien, könne man als erfreulich bezeichnen. In Pastor Kayser habe man eine geeignete Persönlichkeit gefunden. In Halle und namentlich in Ammendorf wären die Erfolge gut und der Kirchenbesuch habe in letzterem Orte etwas zugenommen. Auch in Merseburg sei der Erfolg zufriedenstellend; viele neue Freunde seien gewonnen worden. In Hettstedt sei die Evangelisation bedauerlicherweise in die Streikzeit gefallen. Es sei deshalb dort ein Schlag ins Wasser gewesen. In Wettin und Dölau bei Halle sei auch eine Evangelisation abgehalten, aber ohne besonderen Erfolg; beide Orte seien Schmerzenskinder unserer Evangelisation. Auch in Schafstädt sei der Versuch gemacht worden, aber auch ohne Bedeutung. In Oberwiederstedt sei die Evangelisation von gutem Erfolge begleitet. Die Beträge, die aus dem Fonds übrig blieben, seien den Stadtmissionen in Magdeburg und Halle überwiesen worden, die sie zweckdienlich verwendet hätten. Nach Klarlegung der Prinzipien, unter denen die Evangelisation unbedingt ausgeführt werden müsse, wenn daraus Nutzen für die Kirche gewonnen werden solle, hat Redner, auch weiter den Betrag zu bewilligen. (Bravo!)

Generalsuperintendent Stolte: Die Verhältnisse und die Erfahrungen mit der Evangelisation seien in seinem Sprengel die gleichen. Grundsätzlich müsse daran festgehalten werden, die Evangelisation nur auf Antrag der Gemeinden vorzunehmen. Vor allen Dingen müsse der Ortspfarrer mit- und nachwirken; wenn das nicht der Fall sei, sei auch die Evangelisation zwecklos. Denn im Grunde genommen seien auch die Generalkirchenvisitationen Evangelisationen; wenn der Pfarrer nicht mitwirke, sei auch diese offizielle Arbeit vergebens. Redner verbreitete sich sodann über die Anträge, die apologetischen Veranstaltungen aus dem Evangelisationsfonds zu unterstützen, und stimmte diesen zu, da auch hierdurch die Evangelisation gefördert werde.

Im Anschluß hieran berichtete Synodale Gallwitz über den Antrag der Kommission für kirchlich-soziale Arbeit und die Innere Mission betr. Unterstützung von apologeti-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191110252-15/fragment/page=0002

schen Veranstaltungen. Die Kommission beantragt, „die Anträge der Bezirkssynode Herzberg, Schlieben und der Kreissynoden Herzberg, Aschersleben und Elsterwerda wegen Bereitstellung von Mitteln für apologetische Veranstaltungen aus den Mitteln des Etats der Provinzialsynode durch folgenden Beschluß der Provinzialsynode als erledigt zu betrachten: Da die Verteidigung des christlichen Glaubens in den Gemeinden ein wesentliches Stück der pastoralen Tätigkeit ausmacht, da ferner die positiven erwecklichen Zeugnisse von der Kraft und Seligkeit des evangelischen Glaubens die stärkste Apologetik bilden, da auch die Amtsbrüder einer Ephorie oder benachbarter Ephorien bei Vorträgen über apologetische Tagesfragen sich ohne bedeutende Kosten gegenseitig aushelfen können, so glaubt die Synode, daß kein dringendes Bedürfnis vorliegt, im Etat besondere Mittel bereitzustellen, aus denen apologetische Veranstaltungen innerhalb der Provinz nach Bedürfnis Zuwendungen erhalten, vielmehr soweit ein solches Bedürfnis hervortritt, die Kosten aus dem Evangelisationsfonds zu decken sein möchten."

Zum Antrage sprechen noch die Synodalen der Bezirke Artern und Falkenberg für den Kommissionsantrag. Synodale Elze-Halle befürchtet, daß der Evangelisationsfonds bald durch die apologetischen Veranstaltungen aufgebraucht werde, was im Interesse der wirkliche Evangelisationsarbeit leistenden Stadtmissionen zu bedauern sei. Redner beantragt daher Erhöhung des Fonds um 1500 Mk. (Beifall.)

Synodale Medem-Buckau empfiehlt die Rednerliste für apologetische Vorträge zur Beachtung.

Synodale Hörstgen-Genthin erklärt, der Lehrerstand strebe nach Wahrheit, und wenn die Synode diese Bestrebungen durch Abhaltung apologetischer Vorträge unterstütze, werde man ihr dankbar sein.

Der Kommissionsantrag wird angenommen. Der Zusatzantrag Elze wird der Finanzkommission überwiesen.

4. Den Bericht über die Tätigkeit des Evangelischen Bundes erstattete Synodale Elze-Halle und ging hierbei besonders auf die letzte Tagung des Bundes in Dortmund ein, die einen so hervorragenden Verlauf genommen habe. Der Bund habe überaus segensreich gewirkt, wofür die Synode durch lebhafte Beifallsbezeugungen dankte. Der Berichterstatter wie auch Synodale Schuster-Oschersleben streiften die Sachsengängerei, die für unser evangelisches Leben schädigend wirke.

Synodale von Wedell: Beide Redner hätten die Sachsengängerei kritisiert, aber Wege anzugeben, wie die Sachsengängerei vermieden werden könne, hätten beide Herren unterlassen. Die Landwirtschaft und zum Teil auch die Industrie seien auf diese Arbeitskräfte direkt angewiesen, oder aber man nehme beiden die Existenzmöglichkeit. Es gebe kein Mittel, Ersatz zu schaffen. Die Sachsengänger seien ein notwendiges Uebel und damit müsse man sich eben abfinden.

Synodale Schollmeyer betont aus der Praxis, daß man dem katholischen Vordringen und Anmaßungen volle Aufmerksamkeit widmen müsse.

5. Mitteilung des Berichts über die abgehaltenen kirchenmusikalischen Instruktionskurse, erstattet vom Synodalen Storch. Die Kurse hätten trotz der nicht besonders zahlreichen Zuhörerschaft lebhaften Anklang gefunden und für die musikalische Ausstattung der Gottesdienste großen Nutzen gestiftet. Gerade die Pflege der Kirchenmusik sei mit ein Haupterfordernis für unser kirchliches Leben. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6. Berichterstattung über den Stand der dem Kgl. Konsistorium unterstellten Fonds. Berichterstatter Synodale Kraft. Die einzelnen Abschlüsse der Fonds werden zur Kenntnis genommen.

6. Uebernahme des Diasporafonds auf die Provinzialsynodalkasse. Synodale Voigt. Die 12. ordentliche Provinzialsynode hat für persönliche Gehaltszulagen an besonders bedürftige und in der Diasporaarbeit bewährte Pfarrer auf dem Eichsfeld und in anderen durch den Katholizismus gefährdeten Gebieten der Provinz aus den Erträgen der Notstandskollekte für die Jahre 1909/11 jährlich 4500 Mk., zusammen 13 500 Mk., als sogenannten Diasporafonds bewilligt. Früher betrug der Fonds jährlich 7000 Mk. Wegen der allgemeinen Gehaltsaufbesserung der Geistlichen wurde er aber vom 1. April 1909 ab auf 4500 Mk. ermäßigt. Die Zulagen mußten demgemäß durchschnittlich um etwa den dritten Teil herabgesetzt werden. Diesen Einnahmeausfall haben die beteiligten Geistlichen schwer empfunden, weil die Lebenshaltung sich inzwischen fast in allen Beziehungen erheblich verteuert hat. Der Superintendent der Diözese Heiligenstadt hat deshalb im Auftrage des Kreis-Synodalvorstandes dringend um Erhöhung des Fonds gebeten, damit die Bewilligung wieder etwas reichlicher bemessen werden können. Das Konsistorium befürwortet das Gesuch des Vorstandes der Kreissynode Heiligenstadt und beantragt, die Hochwürdige Provinzialsynode wolle den sogenannten Diasporafonds für die Jahre 1. April 1912/14 wieder auf 21 000 Mk. erhöhen. Da eine Entlastung des Notstandskollektenfonds, an den immer höhere Ansprüche gestellt werden, dringend wünschenswert ist, wird gebeten, den Diasporafonds ganz auf den Voranschlag der Provinzialsynodalkasse, die hierzu wohl imstande sein dürfte, zu übernehmen. Die Kommission beantragt, den Antrag des Konsistoriums zu genehmigen. Dies geschieht einstimmig ohne Debatte.

7. Der Antrag auf Bewilligung von jährlich 300 Mk. auf drei Jahre an den Verein für Kirchengeschichte in der Provinz Sachsen wird auf Befürwortung des Synodalen Schollmeyer einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende des Vereins für Kirchengeschichte klärt die Synode kurz über die Absichten des Vereins auf und bittet, die Bestrebungen durch Mitgliedschaft zu unterstützen.

8. Auf Antrag des Synodalen v. Lucke wird die Konsistorialvorlage vom 30. August 1911 betreffend die Verteilung der landeskirchlichen Umlagen durch Kenntnisnahme erledigt.

9. Der Antrag der Kreissynode Torgau betreffend die Verwendung des Mehrgevattergeldes wird durch Uebergang zur Tagesordnung für erledigt betrachtet.

10. Behandlung der Kirchenglocken. Berichterstatter Synodale Mendelson. Von vielen Gemeinden seien Klagen eingegangen, daß die Glocken nicht richtig behandelt würden und dadurch der Gemeinde enorme Kosten für Reparaturen und Umgießen entständen. Wenn die Glocken öfters revidiert würden auf Lage, Stellung der Klöppel usw., könne viel Geld den Gemeinden erhalten werden. Die Verwaltungskommission beantragt, das Konsistorium zu ersuchen, eine Vorschrift über Beaufsichtigung und Behandlung der Glocken zu erlassen und dabei auf die Zweckmäßigkeit der Anlage elektrischer Läutewerke hinzuweisen. Die Synode beschließt ohne Besprechung, wie vorgeschlagen.

11. Entlastung des Rechnungsführers des Provinzialgesangbuchfonds. Berichterstatter Synodale Schollmeyer. Die Provinzialsynode wird gebeten, dem Rechnungsführer des Provinzialgesangbuchfonds für die Jahre 1908, 1909 und 1910 Entlastung zu erteilen. Nach kurzer Besprechung wird die Entlastung erteilt.

Auf Antrag des Synodalen Mendelson wird die Entgegennahme des Berichts über den Jerusalemverein auf morgen vertagt.

14. Antrag der Kreissynode Herzberg über die Verteilung der kirchlichen Baulasten. Berichterstatter Synodale Lüdecke. Die Verwaltungskommission empfiehlt folgenden Beschluß zur Annahme: Die Provinzialsynode wolle: 1. in Anerkennung, daß die geltenden Maßstäbe bei Verteilung der kirchlichen Baulast unter mehrere zu einem Pfarrbezirk verbundenen Kirchengemeinden der veränderten Leistungsfähigkeit der Gemeinden und der Billigkeit vielfach nicht mehr entsprechen, den Antrag der Synode Herzberg dem Königlichen Konsistorium als Material zur Herbeiführung eines anderen Rechtszustandes überweisen — wobei die bestehenden Beitragspflichten Dritter unberührt bleiben —; 2. das Königliche Konsistorium ersuchen, etwa empfundene Härten nach Möglichkeit auszugleichen; 3. den Antrag der Synode Herzberg für dadurch erledigt erklären.

Königlicher Kommissar Konsistorial-Präsident v. Doemming will dafür sorgen, die empfundenen Härten nach Möglichkeit auszugleichen.

Die Synode genehmigt den Antrag.

Hiermit war die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch mittag 12 Uhr statt.

Schluß der Verhandlungen ½5 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Verhaftung eines Feldwebels. Der Feldwebel Ruppert der ersten Kompagnie des Telegraphenbataillons Nr. 1 zu Treptow ist gestern verhaftet worden, weil er eine größere Summe ihm anvertrauter Gelder unterschlagen hatte. Ruppert diente bereits im 15. Jahre und galt als sehr tüchtiger Soldat. Die Rennbahn hat ihn auf die schiefe Ebene gebracht. Seine Schulden belaufen sich auf 6000 Mark.

Großer Diebstahl an einer Sendung Gold. An einer Sendung von Barrengold von London an die Schweizerische Nationalbank in Bern ist unterwegs ein Diebstahl verübt worden. Von den acht Goldkisten enthielt eine bei ihrer Ankunft statt der bestellten drei Goldbarren im Werte von 130 000 Francs wertlose Bleibarren. Die Entwendung ist offenbar sorgfältig vorbereitet worden, da die Verpackung keine Spur von Gewalt zeigt und die Bleibarren für den Diebstahl besonders gegossen zu sein scheinen. Der Diebstahl ist vermutlich in London ausgeführt worden. Der Schweizerischen Nationalbank selbst erwächst kein Schaden.

Letzte Telegramme.

Kirchenräuber.

Dresden, 25. Okt. In Zschorlau wurde in einer der letzten Nächte in der alten Kirche die am Kreuz hängende wertvolle Christusfigur abgerissen, der goldene Kronleuchter abgehängt, die Opferstöcke erbrochen und ihres Inhalts beraubt.

Schwerer Sturz eines Offiziers.

Augsburg, 25. Okt. Bei dem gestrigen Offiziersrennen des 4. schweren Reiterregiments stürzte Leutnant von Braun, Sohn des Regierungspräsidenten, kopfüber vom Pferde und wurde schwer verletzt.

Börsen- und Handelsteil.

Die Pariser Börse.

Aus Paris, 24. Oktober, wird uns gedrahtet: Die Börse eröffnete in fester Haltung, da die Spekulation mit Zuversicht die Beendigung der französisch-deutschen Verhandlungen erwartet. Die günstige Veranlagung der Börse trat im weiteren Verlaufe für Parkettwerte ausgesprochener in Erscheinung, wobei namentlich russische Industriewerte bevorzugt wurden. In matter Haltung verkehrte dagegen der Goldminenmarkt auf das Gerücht, daß ein Großspekulant seine Engagements glattstelle. Stärker gedrückt waren Goldfields auf ungünstige Dividendengerüchte. Die Börse schloß für Parkettwerte in fester Haltung.

*

—y. **Reichswertzuwachssteuer-Sprechstunden.** Der Verband der Terrain-Interessenten Deutschlands (Grundstückskammer) in Berlin, Neue Wilhelmstraße 12, hielt jetzt in Chemnitz, Plauen, Gera, Nürnberg, Stuttgart, Mühlhausen i. Els., Mannheim, Mainz und Weimar Reichszuwachssteuer-Sprechstunden ab, an denen sich auch die Steuerbehörden beteiligten.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg**, 24. Oktober. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, stetig, neuer englischer und Sommer- gut 196—200 ℳ, Kolben Sommer- gut —— bis —— ℳ, Rauhweizen gut —— ℳ. — Roggen, inländ. ruhig, gut 182—186 ℳ. — Gerste, ruhig, hiesige Chevaliergerste gut 207—214 ℳ, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 198 bis 206 ℳ, ausländische Futtergerste, fest, gut 159—162 ℳ. — Hafer stetig, inländ. neuer gut 192—198 ℳ. — Mais, fest, runder gut 174—176 ℳ, amerikan. bunter gut 174—176 ℳ.

— **Berlin.** 24. Oktober. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg. Inl. 203—204 ℳ ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Abnahme im Oktober —,— ℳ, Abnahme im Dezember 209,25—208,50—209 ℳ, Abnahme im Mai 1912 216—215,50—215,75 ℳ — Roggen für 1000 kg. Inl. 183—184 ab Bahn. Normalgewicht 712 g. Abnahme im Oktober —,— ℳ, Abn. im Dez 186,00—185,50—185,75 ℳ Abnahme im Mai 1912 194,00 bis 193,75 ℳ. — Hafer für 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abn. im Oktober —,— ℳ, Abnahme im Dezember —,— ℳ, Abn. im Mai 1912 188,25—187,75 bis 188,50 ℳ — Mais für 1000 kg (ohne Angabe der Provenienz). Abn. im Dez. —,— ℳ — Weizenmehl per 100 kg brutto einschl. Sack ab Bahn und ab Speicher. Nr. 00 25,25—28,25 ℳ, feinste Marken über Notiz bezahlt. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: 21,80 bis 24,00 ℳ, Abnahme im Oktober —,— ℳ, Abnahme im Dezember —,— ℳ, Abnahme im Mai —,— ℳ — Rüböl für 100 kg mit Faß in Mark. Abnahme im Oktober 73,00 G., Abnahme im Dezember 72,80—72,50 ℳ, Abnahme im Mai 1912 68 Br.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 24. Oktbr. Weizen loko ab Bahn und frei Mühle, 203—204,00 ℳ, Mai 1912 —,— ℳ, Oktober —,— bis —,— ℳ, Dezember —,— bis —,— ℳ — Roggen loko ab Bahn und frei Wagen, 183,00 bis 184,00 ℳ, Abnahme im Mai 1912 —,— bis —,— ℳ, Abnahme im Oktober —,— ℳ, Abn. im Dezember —,— bis —,— ℳ — Gerste, leichte inländische Futtergerste 178,00—185,00 ℳ, schwere do. 186,00—195,00 ℳ, russische und Donau leichte 161,00 bis 166 ℳ, do. schwere 167—174 ℳ frei Wagen und ab Bahn. — Hafer, neuer märk, meckl., pomm., pos., schles. fein 200—206, do. mittel 195—199 do. gering 192—194, alter ———, russ. feiner — bis —, mittel —— bis —— ℳ, gering 183 bis 190 ℳ, Lieferung Dezember ——, Mai —— ℳ ab Wagen und ab Bahn. Mais, amerikanischer mixed 180 bis 184 ℳ, do. abfallender ——— ℳ, runder 177—180 ℳ, do. abfallender ——— ℳ, türk. und serb. ——— ℳ frei Wagen. — Erbsen, inländ. Futterware, mittel 173—179 ℳ, russische do. 173—179 ℳ, feine Taubenerbsen 184—195 ℳ, Viktoriaerbsen ——— ℳ, kleine Kocherbsen ——— ℳ frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 25,50—28,50 ℳ. Roggenmehl 0 u. 1 loko 21,90 bis 24,00 ℳ. Weizenkleie grobe 13,00—13,50 ℳ, feine 13,00 bis 13,50 ℳ. Roggenkleie 13,25—13,75 ℳ Bohnen —— bis —— ℳ Linsen —— ℳ

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 24. Oktober. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 28,75—29,25 Mk. Tendenz: stetig.

— **Berlin**, 24. Oktober. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 27,75—28,25 Mk. Feuchte Stärke 16,50 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 24. Oktober. Spiritus fest, Oktober 24,25 G., Oktober-November 24,25 G., November-Dezember 24,25 G.

— **Paris**, 24. Oktober. Spiritus fest, Oktbr. 72,50, Novbr. 69,25, Januar-April 70,25, Mai-August 70,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 24. Oktober. Rüböl loko 74,50, Mai 70,00.

— **Hamburg**, 24. Oktober. Rüböl ruhig, loko verzollt 73,00.

— **Amsterdam**, 24. Oktober. Leinöl flau, loko —, Novbr. 43⅜, Novbr.-Dezbr. 43¼, Januar-April —, Mai-August —.

— **Paris**, 24. Oktober. Rüböl ruhig, Oktbr. 74,00, Novbr. 74,25, Januar-April 75,75, März-Juni 74,50.

Zucker.

W. **Hamburg**, 24. Oktober. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo, per Oktober 17,32½, per November 17,17½, per Dezember 17,15, per Januar-März 17,22½, per Mai 17,30, per August 17,40. Tendenz: ruhiger.

W. **London**, 24. Oktober. Rüben-Rohzucker 88 % Oktober 17 sh. 4½ Wert, stetig. Javazucker 96 % prompt 18 sh. 3 nom. stetig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 24. Oktober. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Oktbr. 68½ G., Dezbr. 69¾ G., März 68 G., Mai 67¾ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**, 24. Oktober. Java-Kaffee, good ordinary, träge, loko 52.

— **Havre**, 24. Oktober. Kaffee. Good average Santos Dez. 86¾ März 83¼, Mai 83, September 1912 82½. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro**, 23. Oktober. Kaffee. Zufuhren 20 000 Sack in Rio, 97 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 24. Oktober. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 49,25 Pfg.

— **Antwerpen**, 24. Oktober. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Okt. 5,30 bez., Juli 5,10 bez. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool**, 24. Oktober. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Matt. Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Okt. 4,97, per Okt.-Nov. 4,93, per Nov.-Dez. 4,87, per Dez.-Jan. 4,87, per Jan.-Febr. 4,89, per Febr.-März 4,91, per März-April 4,93, per April-Mai 4,95, per Mai-Juni 4,98, per Juni-Juli 4,99.

Petroleum.

— **Hamburg**, 24. Oktober. Petroleum lustlos. Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,50.

Metalle.

— **Amsterdam**, 24. Oktober. Bancazinn träge, loko 116.

— **London**, 24. Okt. Blei, span. 15¾ Lstrl., engl. 16 Lstrl., Zinn 191¼ Lstrl., Zink 26½ Lstrl., Chili-Kupfer 58¾ Lstrl., 3 Monate 56½ Lstrl.

— **Glasgow**, 24. Oktober. (Schlußbericht.) Roheisen stetig Middlesborough Warrants III 46 sh. 2 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Köln**, 23. Oktober. (Viehmarkt.) Aufgetrieben waren: 647 Ochsen, 638 Kühe, 79 Bullen 520 Kälber, — Schafe, 6360 Schweine. Preise für 50 kg (Die Preise für Schlachtgewicht verstehen sich überwiegend als Schätzungspreise nach den getätigten Stückverkäufen, diejenigen für Lebendgewicht beruhen auf Wiegungen in Köln): Ochsen: a) 1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes von 4 bis 7 Jahren, Lebendgewicht 49—52 (Schlachtgewicht 88—90), 2. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes (ungejocht) bis zu 4 Jahren 54—55 (89—91), b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 45—48 (85 bis 87), c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere 41—44 (77—80), d) gering genährte jeden Alters 36—39 (60—68) ℳ; ruhig. Kühe: a) vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 46—49 (—), b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 42—45 (78—82), c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 37—40 (74—76), d) mäßig genährte Kühe und Färsen 32—35 (68—70), e) gering genährte Kühe und Färsen ——— (58—64) ℳ; ruhig. Bullen: a) vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 48—50 (80—82), b) vollfleischige jüngere 40—45 (72—75), c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere ——— (65—68); Handel schleppend. Kälber: a) Doppellender feinster Mast —— (——), b) feinste Mastkälber 55—60 (——), c) mittlere Mast- und feinste Saugkälber 50—54 (——), d) geringere Mast- und gute Saugkälber 40—45 (—), e) geringere Saugkälber —— (——), f) Fresser (gering genährtes Jungvieh) ——— (———) ℳ; Handel schleppend räumend. — Schweine: Preise für 50 kg: a) vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 46—48, Schl. 58—61 ℳ, b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht 45—47 ℳ, Schl. 57—60 ℳ, c) vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 46—47 ℳ, Schl. 58—60 ℳ, d) Fettschweine über 150 kg Lebendgew. 47—48 ℳ, Schl. 59—61 ℳ, e) gering entwickelte und fleischige bis 80 kg Lebendgew. 40—44 ℳ, Schl. 50 bis 56 ℳ, f) Sauen Lebengew. 40—44, Schl. 50—56 ℳ, g) geschnittene Eber Lebendgew. ——— ℳ, Schl. ——— ℳ; Handel anfangs schleppend, nicht räumend. — Großhandelspreise für frisches Fleisch das Kilo am 23. Okt. a) Rindfleisch: Ochsen: Ia 1,66—1,70 ℳ, IIa 1,36 bis 1,40 ℳ, IIIa 1,22—1,26 ℳ; langsam. Kühe: Ia 1,60—1,64 ℳ, IIa 1,40—1,44 ℳ, IIIa 1,16—1,20 ℳ; langsam. b) Schweinefleisch: Ia 1,20—1,34 ℳ, IIa 1,12—1,16 ℳ, IIIa —,—; mittel. — Eingeführtes Fleisch am 23. Oktober. Preise für das Kilo: a) Rindfleisch holländisches: Ia 1,36—1,40 ℳ, IIa 1,24—1,30 ℳ, IIIa 1,10—1,24 ℳ, vorgezeichnete Viertel bis —,—; still. — Eingeführt wurden aus Holland 286 Großviehviertel und 76 Kälber, 48 Schweden. Häute- und Fettpreise am 23. Oktober: Stierhäute 103 ₰, Kuh- und Rinderhäute 118 ₰, rothaarige Ochsenhäute von 45 kg aufwärts 126 ₰, desgl. von 40—44½ kg 122 ₰, flache Berliner Ochsenhäute 115 ₰, Kalbfell mit Kopf 140 ₰, ohne Kopf 162 ₰, Fett 52—62 ₰, Nierenfett bis 72 ₰ das Kilo.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 24. Oktober. Roter Winter-Weizen loko 103½, per Okt. ——, per Dez. 106½, per Mai 110⅞, per Juli —. Mais per Okt. —, per Dez. —, per Mai ——. Mehl 4,35. Getreidefracht nach Liverpool $2^8/_4$.

W. **Chicago**, 24. Okt. Weizen per Dez. 101⅝, per Mai 106¼. Mais per Dez. 65⅝.

W. **New-York**, 24. Okt. Petroleum Standard white in New-York 7,35, do. in Philadelphia 7,35, do. in Refined Cases 8,85, do. Credit Balances at Oil City 130.

W. **New-York**, 24. Okt. Schmalz Westernsteam 9,25, Rohe und Brothers 9,70.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 23. Oktober + 0.80, 24. Oktober + 0.80. Grochlitz + 0,36, + 0.44. Nebra Obp. + 1.84, + 1.84. Nebra Untp. + 1.24, + 1.24. Brückenp. + 0.72, + 0.72. Kösen + 0.42, + 0.42. Weißenfels Untp. — 0,58, — 0.64. Trotha + 1.08, + 1.10. Alsleben + 0.47, + 0.46. Bernburg + 0,08, + 0.08. Calbe Obp. + 1.30, + 1.21. Calbe Utp. — 0.40, — 0.54. Grizehne — 0.19, — 0.32.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben, für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Oertliches: Heinrich Mietschner; Schlußredaktion: A. Werwecke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingehende Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S. Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Reserven: 32 Millionen Mark. Ausführung sämtlicher bankgeschäftlicher Transaktionen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191110252-15/fragment/page=0003

Berliner Börse, 24. Okt. 1911

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q_1 quartaliter	1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q_2 do.	1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q_3 do.	1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 5%, Lombardzinsfuß 6%, Privatdiskont 4½%.

▲ bedeutet einschliesslich Dividende. Nachdr. verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt.Rchs.Sch.	d	4	100.00G	Mgdb 02u17	d	4	—.—
do.1.7.12	d	4	99.75b	Mainzer 16	c	4	99.90B
do.1.4.15	a	4	100.20b	Mannh.1901	b	4	99.60bB
Pr.Schatz12	a	4	99.70bG	Mind. 95/02	v	3½	—.—
do. 13	d	4	99.75G	Mülheim Rhr	d	3½	91.20G
Pr.Kons.-Anl	v	3½	91.75bG	München 94	v	3½	91.25B
do. do.	v	4	101.60b	do.1900/01	v	4	99.90G
do. do.	v	3	82.00G	do.1907/13	d	4	100.00b
Dt. Schutzg.	a	4	100.25bG	do. 1908	e	4	100.10G
Prss.cs.Anl.	v	3½	91.75bB	Nürnb99/01	v	4	100.00B
do. do.	v	3	81.90B	do.1896/98	v	3½	90.60bG
do. do.	v	4	102.00b	Offenb. u.15	b	4	99.70G
do. Staff.A.	d	4	99.20bG	Posen94/03	a	3½	90.00G
Bad.StbA.01	a	4	100.25B	do. 05u.12	a	4	99.75G
do. do. 02	d	3½	—.—	do. 1908/18	a	4	99.90B
BayerAnl.15	e	4	—.—	Potsdam 02	d	3½	95.80G
do. do.	v	3½	90.10bG	Rostock 03	a	3½	—.—
do.Ldsk.R.	f	3½	—.—	Schönb.04II	d	4	100.75B
Brnsch.LSch	d	3	—.—	do. 04I	d	3½	91.60G
Brem.Anl.08	c	4	100.50B	do. 96	d	3½	—.—
do. 09	c	4	100.50B	Spandau 91	d	4	101.00G
do. 11	d	4	100.75B	do. 95	d	3½	—.—
do. 99	v	3½	89.70B	Stendal 01	a	4	—.—
do. 05	d	3½	89.70B	do. 03	d	3½	91.70B
do. 96	d	3	79.00b	Stettin	a	3½	90.30G
Cassel.Ldkr	c	3½	92.50G	do 04uk.09	v	3½	89.50G
do.XXIu.17	c	3½	94.00G	Thorn00u11	d	4	—.—
do.XXIIu.14	c	4	100.80G	Wiesb79/83	v	3½	95.00G
do.XXIIIu.16	c	4	100.80G	Worms 01	a	4	99.90G
do.XXIVu.21	c	4	101.50G	**Deutsche Pfandbriefe**			
Hambg.St.R.	b	3½	90.50G	Berlin.Pfdb.	a	5	117.00bG
do. 1907	d	4	100.30G	do. do.	a	4½	105.25G
do.am.1900	a	4	—.—	do. do.	a	4	105.90bB
				do. do.	a	3½	98.75G

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemäßigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück notiert, notleidende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191110252-15/fragment/page=0004